



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Erinnerungen

Tirpitz, Alfred von

Leipzig, 1919

2. Die deutsche Politik im Juli 1914.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-78304](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-78304)

Niemals hat Deutschland im Lauf seiner langen Geschichte mächtiger und von den Größten der Erde gleicher geachtet dagestanden als in jenen Tagen, niemals reicher geblüht. Nach dem Urteil erfahrener Auslandskenner, wie z. B. des Fürsten Bülow in seiner „Deutschen Politik“, waren wir im wesentlichen „über den Berg“ und hatten unser Recht auf Weltgeltung durchgesetzt. Deutsche Kultur und Wirtschaft holten in Ostasien, Afrika, Südamerika, im nahen Orient in vollen Zügen nach, was unsere Geschichte versäumt hatte. Nur noch ein paar Jahre ruhiger, geschickter Führung, und wir waren als Weltvolk nicht mehr zu entwurzeln im Sinn des von Roosevelt 1904 gesprochenen Wortes: „Das Gedeihen eines Volkes hat normalerweise für die anderen Nationen nicht die Bedeutung einer Bedrohung, sondern einer Hoffnung.“ Ein Zufall, der für die Tragik des Weltkriegs in gewissem Sinne symbolisch ist, hat es gefügt, daß unsrem Londoner Botschafter das bereits paraphierte deutsch-englische Kolonialabkommen gerade am Tag der Kriegserklärung zum Unterzeichnen überschiekt wurde.

Die Mißgunst der Ententemächte durfte in keinem Augenblick unterschätzt werden. Aber die Situation war trotzdem für eine deutsche Staatskunst nicht verloren, als im Sommer 1914 die serbische Herausforderung an Österreich geschah. Es mußte nur rechtzeitig und offen gehandelt werden. Ein unmittelbares Ersuchen unseres Kaisers an den Zaren, bei der Sühne mitzuwirken, hätte Erfolg versprochen, mindestens aber unsere politische Lage günstig beeinflusst.

Ein bedrohliches Moment lag, was Deutschland betraf, niemals im Kriegswillen, sondern einzig in der verhängnisvollen Mittelmäßigkeit im Amt befindlicher Politiker.

2

Am 5. Juli 1914 überreichte der österreichische Botschafter ein von Graf Hoyos, dem Kabinettschef des österreichisch-ungarischen Außenministers Grafen Berchtold, überbrachtes Handschreiben des Kaisers Franz Joseph nebst einem schon vor dem Attentat verfaßten Promemoria in Potsdam dem deutschen Kaiser. Darin wurde, wie man mir nach Tarasp meldete, ausgeführt, daß die Fäden der Mordverschwörung nach Belgrad reichten. Die österreichische Regierung werde mit der Forderung nach weitgehendster Genugtuung an Serbien heran-

treten und, sobald diese nicht erfüllt würde, ihre Truppen in Serbien einmarschieren lassen.

Kaiser Wilhelm sagte aus ritterlicher Empfindung dem persönlichen Ersuchen des österreichischen Kaisers Unterstützung und Treue gegen die serbischen Mordgesellen zu. Nach den Ausführungen, die er am Vormittag des 6. Juli meinem Amtsvertreter im Park des Potsdamer Neuen Palais machte, hielt der Kaiser ein Eingreifen Rußlands zur Deckung Serbiens für nicht wahrscheinlich, weil der Zar die Königsmörder nicht unterstützen würde und Rußland zurzeit militärisch und finanziell kriegsunfähig wäre. Der Kaiser setzte ferner etwas sanguinisch voraus, Frankreich würde Rußland bremsen, wegen Frankreichs ungünstiger Finanzlage und seines Mangels an schwerer Artillerie. Von England sprach der Kaiser nicht; an Verwicklungen mit diesem Staat wurde überhaupt nicht gedacht. Der Kaiser selbst sah also weitergreifende Gefahren für unwahrscheinlich an. Er hoffte, daß Serbien nachgeben würde, hielt es aber doch für erforderlich, auch für einen andern Ausgang der österreichisch-serbischen Auseinandersetzung gerüstet zu sein. Er hatte aus diesem Grund schon im Lauf des 5. den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, den Kriegsminister v. Falkenhayn, den Unterstaatssekretär des Auswärtigen Zimmermann und den Chef des Militärkabinetts v. Lyncker nach Potsdam befohlen. Es wurde dabei beschlossen, daß Maßnahmen, die geeignet wären, politisches Aufsehen zu erregen oder besondere Kosten zu verursachen, vermieden werden sollten.

Nach diesem Entschlusse trat der Kaiser auf Rat des Kanzlers die schon vorher geplante Nordlandsreise an.

Es war die verfassungsmäßige Aufgabe und vornehmste Pflicht des Kanzlers, das Versprechen an Osterreich vom politischen Standpunkt der deutschen Interessen zu prüfen und seine Ausführung in der Hand zu behalten. Der Kanzler billigte den Entschluß des Kaisers in der Annahme, daß Osterreichs ohnehin erschütterte Großmachtstellung in Verfall geraten müßte, wenn es von dem eroberungslüsternden serbischen Staat keine Genugtuung erhielt. Die Erinnerung an die bosnische Krise von 1908/9 mag mitgespielt haben.

Über die politische Betätigung des Kaisers während der Nordlandsreise bin ich nicht unterrichtet. Ich habe indeß Grund zu der Annahme, daß er keine ernstliche Gefahr für den Weltfrieden bemerkt hat. Wenn der Kaiser den Frieden nicht für bedroht hielt, ließ er gern der

Erinnerung an ruhmreiche Ahnen freien Lauf. In Augenblicken dagegen, die er als kritisch erkannte, verfuhr er außerordentlich behutsam. Wäre der Kaiser in Berlin geblieben und hätte der normale Regierungsapparat gespielt, so würde der Kaiser trotz seiner nur sporadischen Beschäftigung mit der Auswärtigen Politik vielleicht schon um die Mitte des Monats Wege gefunden haben, um der Kriegsgefahr auszuweichen. Da indes auch der Chef des Generalstabes, der Kriegsminister, der Chef des Admiralstabes und ich während der nächsten Zeit von Berlin ferngehalten wurden, so geriet die Angelegenheit unter die monopolartige Regie des Kanzlers, der, selbst in der großen europäischen Welt unerfahren, nicht imstande war, den Wert seiner Mitarbeiter im Auswärtigen Amt zu durchschauen.

Der Kanzler holte auch schriftlich jedenfalls von mir keinen Rat ein.

Die Vorgänge des Juli, insbesondere die Beteiligung Deutschlands an ihnen, sind jetzt durch eine Reihe zum Teil amtlicher Veröffentlichungen so vollständig klargelegt, daß es mir nicht mehr im Interesse Deutschlands zu liegen scheint, meine Auffassung zu verschweigen.

Nach den Erfahrungen des Weltkrieges könnte die Frage aufgeworfen werden, ob das Deutsche Reich sich nicht rechtzeitig mit den Nachbarn und Erben der österreichisch-ungarischen Monarchie über ihre Aufteilung hätte verständigen sollen. Wenn man aber die umgekehrte Politik verfolgte, welche dem Treugefühl und der geschichtlichen Entwicklung entsprach, und an der Unversehrtheit und Bündnisfähigkeit der habsburgischen Monarchie festhielt, so hatte der Kanzler Recht, wenn er eine ausreichende Genugtuung Serbiens an Österreich für notwendig hielt. Denn nur dadurch ließ sich Österreich wieder zu einem brauchbaren Glied des Dreibundes machen und sein innerer Verfall vielleicht aufhalten. Der in Berlin und Wien begangene Fehler beginnt erst bei der Frage der Ausführung. Bethmann und Berchtold vermochten sich trotz Graf Tiszas Warnungen nicht vorzustellen, daß eine ausreichende Genugtuung auch anders als durch Drohung mit dem militärischen Einmarsch der Österreicher zu bekommen wäre. So legte sich Berlin von vornherein auf das doppelte Bestreben fest, einmal dem schwankenden Österreich Halt zu geben zu raschem und energischem Handeln, anderseits aber den Konflikt zu „lokalisieren“. Österreich sollte für den als wahrscheinlich angenommenen Fall, daß die serbische Antwort ungenügend ausfiel, auf der Genugtuung durch militärischen

Einmarsch in Serbien bestehen und Bulgarien nach der Absicht Wiens, die in Berlin skeptisch aufgenommen wurde, Gelegenheit erhalten, sich einer etwaigen militärischen Operation anzuschließen. Es sollte aber alles aufgeboten werden, um ein Übergreifen dieses örtlich begrenzten Balkankrieges auf Europa zu verhüten. Trotz eifrigstem Bestreben des Kanzlers, den Frieden unter den Großmächten zu erhalten, brach der Weltkrieg aber aus, und es erhebt sich deshalb die Frage, wie es trotz dem unzweifelhaften Recht Österreichs auf Sühne und auf Säuberung der serbischen Verschwörungshöhle, wie es ferner ungeachtet aller Friedensbemühungen der deutschen Regierung den Feinden möglich geworden ist, fast die ganze Welt von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg zu überzeugen?

Ich beabsichtige im folgenden einiges zur Lösung des Rätsels beizutragen, was nur durch Erörterung der politischen Psychologie Bethmann-Hollwegs möglich ist.

Schon am 11. Juli besaß, wie ich nach Jahren erfahren habe, das Berliner Auswärtige Amt die Überzeugung, daß die Entente in Belgrad zum Nachgeben geraten hätte. Damit hatte der Kanzler Handhaben, um den Knoten zu lösen. Er aber zog aus der Annahme, daß die Entente den Krieg nicht wollte, den kurzsichtigen Schluß, daß Österreich sich ohne Rücksicht auf die Entente den Einmarsch in Serbien wahrscheinlich erzwingen könnte, ohne den Weltfrieden zu gefährden. Denn, wie Zimmermann schon am 8. Juli gesagt hatte, nahm man in Berlin an, „daß, wenn Österreich in Serbien einrückte, England und auch Frankreich im Verein mit uns auf Rußland einwirken würden, um den Konflikt zu lokalisieren“. Man unterschätzte die Festigkeit des Zusammenhangs unter den drei Großmächten und darum die Gefahr eines allgemeinen Kriegs. Die begreifliche Abneigung der Menschen, begangene Irrtümer einzugestehen, erschwert heute dem Kanzler und den Seinen das offene Bekenntnis zu ihrem damaligen für Deutschland so verderblichen Optimismus. Ich besitze aber in den Meldungen meiner eigenen Behörde genügend Spiegelbilder für die damalige Stimmung der Wilhelmstraße.

Am 13. Juli hatte der Kanzler Kenntnis von wesentlichen Punkten des beabsichtigten Ultimatus, worüber ich eine Mitteilung meines Amtsvertreters nach Tarasp erhielt. Der betreffende Absatz des an mich gerichteten Schreibens lautet:

„Unser Botschafter in Wien, Herr v. Tschirschky, hat privatim und auch vom Grafen Berchtold erfahren, daß die von Osterreich an Serbien zu richtende Note folgende Forderungen stellen werde:

1. Eine Proklamation des Königs Peter an sein Volk, worin er es auffordert, von der großserbischen Agitation Abstand zu nehmen,
2. Beteiligung eines höheren österreichischen Beamten an der Untersuchung des Attentats,
3. Entlassung und Bestrafung sämtlicher Offiziere und Beamten, deren Beteiligung daran nachgewiesen wird.“

Davon, daß die Entente in Belgrad zum Frieden geraten hätte, wie man damals in der Wilhelmstraße optimistisch annahm, ist mir nichts bekannt geworden. Auffällig ist mir noch heute, daß die Entente es nicht vermocht hat, über ihre friedensfördernde Einwirkung in Belgrad schlüssige Dokumente vorzulegen. Die serbischen Mordmethoden konnten freilich nicht gut durch irgendeinen Kulturstaat in Schutz genommen werden. Als ich jene Mitteilung nach Tarasp empfing, war indes mein erster Eindruck, daß dieses Ultimatum für Serbien unannehmbar wäre und leicht den Weltkrieg herbeiführen könnte. An die Möglichkeit, einen serbisch-österreichischen Waffengang gegenüber Rußland zu „lokalisieren“, habe ich nicht geglaubt, ebensowenig wie an die Neutralität Englands in einem Festlandskrieg. In diesem Sinne habe ich an meinen Amtsvertreter geschrieben und eine Verständigung mit dem Zaren empfohlen¹⁾.

Diese Anregung ist ohne Einfluß geblieben.

Die Gefahr der Lage sah ich vor allem darin, daß England das Endglied der Ententekette bildete.

Die überlieferte Abneigung des Panславismus gegen das Deutsche Reich und die russisch-österreichische Eifersucht auf der Balkanhalbinsel bestanden trotz der Potsdamer Begegnung von 1910 fort, und die russische Intelligenz hatte sich durch unsere Balkanpolitik 1908/14 erhitzen lassen. Die Kreise um die Nowoje Wremja wünschten den Krieg, wenn auch nicht vor 1916. Dennoch hatten Sfasonow und der Zar die Zügel noch genügend in der Hand, so daß die deutsche Politik den russischen Expansionstrieb, meiner festen Überzeugung nach, von uns

¹⁾ Siehe oben S. 150.

und von Osterreich-Ungarn noch immer ablenken konnte, wenn sie ihm nach anderen, für uns nicht vitalen Fronten hin Luft gab. Erst die Ungeschicklichkeit unserer Politik verschaffte der russischen Kriegspartei Oberwasser und machte es Suchomlinow zuletzt möglich, den Zaren zu betrügen.

Rußland hatte freilich kein moralisches Recht, aus der Züchtigung Belgrads einen Krieg zu machen, aber man durfte die Gefahr nicht unterschätzen, daß weite russische Kreise dies fordern würden. Ich war zwar vor dem Ultimatum davon überzeugt, daß ein vertrauensvolles Verhandeln mit dem Zaren die Petersburger Kriegspartei im Zaum halten würde; aber wenn wir zu scharf vorgingen, so war fast mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß England entsprechend einer jahrhundertelangen politischen Überlieferung zur Erhaltung des „festländischen Gleichgewichts“, wie es dasselbe verstand, den Krieg entfesselte. Diese Gefahr, den schlummernden englischen Kriegswillen zu wecken, habe ich in einem Gespräch mit dem Prinzen Heinrich, der mich Mitte Juli in Tarasp besuchte, betont. Meine Auffassungen wurden von dem dort anwesenden Staatsminister v. Loebell und dem sächsischen Gesandten v. Salza geteilt.

Die Frage der Unterbrechung meiner Kur wurde dadurch erledigt, daß der Kanzler mir den Wunsch ausdrücken ließ, nicht nach Berlin zurückzukehren, um Aufsehen zu vermeiden. Noch am 24. Juli telephonierte die Reichskanzlei dem Reichsmarineamt, meine Heimreise würde die Lage verschärfen. Eine eigenmächtige Rückkehr konnte ich weder für korrekt noch für nutzbringend erachten, zumal der Kanzler, vom Ausgang des Novellenstreits von 1912 empfindlich berührt, mich mit einer gewissen Eifersucht von den auswärtigen Geschäften fernhielt und begonnen hatte, einen Sagenkreis um mich zu verbreiten, als mischte ich mich in seine Politik. Im übrigen konnte ich aus den Tagesmeldungen meiner Behörde, die vom Auswärtigen Amt naturgemäß nur lückenhaft unterrichtet wurde, ein klares Bild nicht gewinnen und stand ihnen zufolge wesentlich unter dem Eindruck, daß keine Macht die Verantwortung für einen größeren Konflikt auf sich nehmen würde. Man war an solche Spannungen seit Jahren gewöhnt. Bülow war ihrer noch immer Herr geworden. Die Verschärfung der Lage nach der Überreichung des Ultimatus, insbesondere aber die Nachricht von der Rückkehr unserer Flotte in die heimischen Häfen ver-

anlaßte mich schließlich, am 27. Juli ohne Anfrage beim Kanzler heimzukehren.

Das Ultimatum wurde der serbischen Regierung am 23. Juli überreicht. Ursprünglich war hierfür der 16. Juli in Aussicht genommen; Wien verschob aber die Überreichung, um die Abreise des kriegstreiberischen Präsidenten Poincaré aus Petersburg abzuwarten. In Berlin bedauerte man diesen Aufschub, weil dadurch der frische Eindruck des Attentats und damit das Motiv des Einschreitens verblaßte. Bei dieser Meinungsverschiedenheit zwischen Wien und Berlin schwebte beiden Regierungen die Erhaltung des Weltfriedens als Ziel vor, und sie unterschieden sich nur in der Auffassung über die Methode, wie in das serbische Wespennest möglichst so hineinzugreifen wäre, daß man dabei den Weltfrieden nicht gefährde. Berlin vertrat wohl den richtigeren Standpunkt. Wenn überhaupt einmarschiert werden sollte, was freilich weit gefährlicher war, als die Urheber des Gedankens für wahrscheinlich hielten, dann mußte wenigstens rasch und imponierend gehandelt werden, gerade um nach erfolgter Besetzung eines Faustpfandes um so bereitwilliger zu Verhandlungen sein zu können.

Das schwerste psychologische Rätsel gibt die deutsche Politik in dem Augenblick auf, da die serbische Antwort bekannt wurde.

Serbien nahm am 25. Juli die Forderungen des österreichischen Ultimatus in der Hauptsache an und erklärte sich bereit, über den Rest zu verhandeln. Inwieweit etwa England, Rußland, Frankreich und Italien durch einen in Belgrad ausgeübten Druck Österreich zu einem gewissen diplomatischen Erfolg verholfen haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls ist nicht zu leugnen, daß die serbische Antwort ein unvermutetes Entgegenkommen bewies, und ich glaube nicht, daß die österreichische Regierung ein richtiges Augenmaß besaß, als sie diese Antwort als Grundlage weiterer Verhandlungen für unannehmbar erklärte. Aber Bethmann-Hollweg und Graf Berchtold verkannten die Greifbarkeit des schon erreichten diplomatischen Erfolgs. Da die österreichische Ehre gerettet war und auch Bethmann-Hollweg einen europäischen Krieg unbedingt zu verhindern bestrebt war, so konnte wahrscheinlich am 25. Juli die Kriegsgefahr abgewendet erscheinen, wenn Österreich seinen Erfolg einstrich. Es konnte etwa den Serben eine kurze Frist zur sofortigen Erfüllung der hierzu geeigneten Zugeständnisse stellen als Bedingung für Unterhandlungen

über die resülichen Forderungen. Wenn dann auch für die Restforderungen die internationale Aufsicht eingetreten wäre, so vermindert das den hohen Wert nicht, welche die mit Zustimmung Englands vollzogene Demütigung Serbiens für Osterreich besaß.

Die Dinge sind anders verlaufen. Das Steuerruder war den falschen Weg gelegt, und das Schiff drehte in der einmal aufgenommenen Richtung weiter. Bethmann und Berchtold sahen die Imponderabilien nicht klar, die sich ergaben, wenn sie diese serbische Antwort zum Grund eines Truppeneinmarsches machten. Obgleich dieselbe die Möglichkeit bot, weiter zu verhandeln, ging man darüber hinweg und beachtete nicht, wie gefährlich man die Petersburger Kriegspartei stärkte. Das Vertrauen auf die Friedlichkeit der Entente, insbesondere Englands, erzeugte bei den Staatsmännern der Mittelmächte die Hoffnung auf Lokalisierung des serbischen Streits und führte in Wien zu einer Übersteigerung des Tons gegen Serbien. Um Osterreichs Unterhöhnung durch die Serben gründlich zu verhindern, stürzte man sich in eine weit größere Gefahr und sprang, wie man gesagt hat, aus Furcht vor dem Regen ins Wasser.

Die gespannte Lage veranlaßte nun insbesondere den Reichskanzler und Sir Edward Grey zu Vermittlungsvorschlägen. Ich kann den Fehler, welchen der Reichskanzler in der Behandlung der mit dem 25. Juli einsetzenden britischen Vermittlungsvorschläge nach meiner Überzeugung beging, nicht berühren, ohne vorher Bethmanns guten Willen anzuerkennen.

Der Kanzler hat sein Bestreben, den Weltkrieg zu verhindern, in unbedingt überzeugender Weise diplomatisch kundgegeben. Ich nenne hier die Wiederanknüpfung der infolge eines russischen Mißverständnisses stockenden österreichisch-russischen Verhandlungen, weiterhin Bethmanns unmittelbare mäßigende Einwirkung auf Wien, beginnend nach der Ablehnung der serbischen Antwort, und endlich die spontane Aufstellung des Vermittlungsvorschlages, die österreichische Besetzung Serbiens auf ein Faustpfand bis zur Leistung der serbischen Genugtuung zu beschränken. An diese Beweise für Bethmanns Friedensliebe reihen sich andere, die später zu besprechen sind. Wie war es nun aber möglich, daß trotz soviel gutem Willen der Frieden in die Brüche ging? Weil die grundsätzliche Hoffnung auf einen wirklichen Friedenswillen der Entente, insbesondere Englands, welche den Glauben an eine Lokali-

lifierbarkeit der Züchtigung Serbiens erzeugt hatte, jetzt weiter wirkte und die ohnehin geringe diplomatische Geschicklichkeit unserer Leitung noch weiter herabsetzte.

Als Sir Edward Grey am 26. Juli anregte, England und Deutschland möchten unter Heranziehung Frankreichs und Italiens eine gemeinsame Vermittlung unternehmen, verkannte der Kanzler die sich bietende Gelegenheit, ebenso wie bei Bewertung der serbischen Antwort. Englischen Konferenzvorschlägen gegenüber war allerdings Vorsicht geboten. Bei Konferenzen der Großmächte befand sich Deutschland infolge des diplomatischen Übergewichts der stärksten Seemacht und der entsprechend parteiischen Haltung der Versammlung erfahrungsgemäß im Nachteil. In diesem Zeitpunkte aber durfte der von Grey vorgeschlagene europäische „Areopag“, wie ihn Bethmann genannt hat, nicht abgelehnt werden, weil er die einzige Möglichkeit bot, um den Weltkrieg vielleicht noch zu vermeiden. Bethmann konnte Greys Vorschlag einer Botschafterkonferenz sofort annehmen mit der Bedingung, daß sich Österreich-Ungarn sein Faustpfand in Serbien verschaffen dürfe, wie Grey dies später (am 30. Juli) auf Bethmann-Hollwegs Vorschlag zugestanden hat. Der Kanzler stellte sich aber auf einen Standpunkt, der den Feinden den Vorwand gab, zu behaupten, der Kanzler hielt es für unter der Würde Österreichs, die „guten Dienste“ von vier Großmächten anzunehmen; überdies wollte sich Deutschland nicht in die serbische Sache mischen; der österreichisch-serbische Zusammenstoß wäre einmal da und unvermeidlich. Man könnte nur danach streben, ihn zu lokalisieren. Demgemäß drahtete er am 27. Juli an Richnowsky: „Es ist für uns unmöglich, unseren Bundesgenossen in dieser Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen.“ Am selben Tage soll, nach einer Meldung des österreichischen Botschafters, Zagow diesen von der Abneigung der deutschen Regierung, auf Greys Konferenzvorschlag einzugehen, unterrichtet haben.

Der Grad der Loyalität des Greyschen Vorschlages konnte Zweifel unterliegen. Für die Frage der Annahme durften solche Zweifel aber nicht entscheidend sein. Sicherungen mußten die Mittelmächte sich vorbehalten; Grey hat, wie erwähnt, am 30. Juli keine Schwierigkeiten gemacht, als Bethmann-Hollweg eine solche Sicherung des österreichischen Faustpfandes verlangte. Wenn Grey seinen Konferenzvorschlag vom 26. Juli selber zurückgezogen hat, noch bevor ihm dessen

Ablehnung durch Bethmann-Hollweg bekannt war, so ist nicht sicher, ob ihn dabei die Absicht geleitet hat, die Verhandlungen zu erschweren. Vielmehr könnte auch er sich damals noch etwas von unmittelbaren österreichisch-russischen Verhandlungen versprochen haben. Er hätte sich darin im Einklang mit dem Kanzler befunden, der seinerseits unter Ausschaltung des Konferenzgedankens unmittelbar zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln suchte.

Der sekundäre Fehler, den man in Berlin damit beging, die Konferenz auszuschlagen, war ebenso groß wie der primäre Fehler, daß man sich zu sehr auf die Abneigung der Entente zu einem Krieg verließ. Bethmann zeigte sich überempfindlich für die Würde des österreich-ungarischen Staates, der mit dem Deutschen Reich nicht identisch war, an dessen Zukunft uns aber gerade die damalige Politik des Kanzlers auf Leben und Tod angekettet hatte. Bethmann behauptete ferner, wir mischten uns nicht in ein Vorgehen, das von ihm und dem Auswärtigen Amt seit dem 5. Juli grundsätzlich gebilligt worden war. Jagow verhielt sich so uninteressiert an dem serbisch-österreichischen Konflikt, daß er am 27. Juli dem französischen Botschafter gestand, er hätte noch keine Zeit gefunden, um die serbische Antwort an Österreich überhaupt zu lesen. Wie sind solche diplomatischen Fehler in schicksalsschwerer Stunde zu erklären? Sie sind nur verständlich aus den allgemeinen Wesenszügen des politischen Systems, das wir seit 1909 an der Spitze des Reiches hatten. Es handelte sich zwar um die Vermeidung eines Weltkrieges, aber da ein königlich preussisches Kreisgericht sicherlich entschieden haben würde, die gerechte österreichische und die ungerechte serbische Sache wären eine rein österreichisch-serbische Angelegenheit, so war Grens anders lautender Vorschlag eben als gegenstandslos aufzufassen. Juristische Engenügte jedoch nicht zur Erklärung der Instinklosigkeit, mit welcher der Reichskanzler in der Angelegenheit verfuhr. Es liegt hier jene tiefere Eigenschaft zugrunde, die den meisten Schritten der Kanzlerzeit zum Verhängnis wurde, die Wirklichkeitsferne vieler Deutscher.

3

Bethmann-Hollweg hatte seit Jahren an einem von ihm selbst so bezeichneten „Kartenhaus“ gebaut, nämlich einer deutsch-englischen